

Privatzahnärztetag München

Selbst ist der Zahnarzt

Wo steht die Privat Zahnmedizin? Diese Frage trieb die Privatzahnärzte auf ihrem Jahrestreffen am 14. und 15. Januar in München um. Befeuert wurde die Diskussion vor allem durch die anstehende GOZ-Novellierung und den Polit-Zoff um die Zukunft der Krankenkassen. Versuch einer Standortbestimmung.



PZVD-Präsident Dr. Wilfried Beckmann und Ökonom Prof. Bernd Raffelhüschen auf dem Privatzahnärztetag in München



„Bei der Gesundheitsreform stellt sich die Frage nach dem marktwirtschaftlichen Weg“, eröffnete der Präsident der Privatzahnärztlichen Vereinigung Deutschlands (PZVD), Dr. Wilfried Beckmann, die Veranstaltung. „Statt der erforderlichen sauberen ordnungspolitischen Ausrichtung wird nur auf Sicht operiert. Die Politik versucht, opportunistisch Gleichheit zu verkaufen und per Umverteilung weichzuspülen.“

Die Statistik des Zerfallsprozesses

Dass die Mechanismen der GKV längst überholt sind, bejahte auch Prof. Bernd Raffelhüschen, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Freiburg: „Die Nachhaltigkeit der GKV gleicht einer Statistik des Zerfallsprozesses. Alles, was wir versuchen, ist nur das Aufschieben von Unvermeidlichkeiten.“ So diene die Beitragserhöhung im Zuge der Gesundheitsreform nur dazu, die Ausgaben für 2011 zu refinanzieren. Raffelhüschen: „Die GKV ist kein ehrbarer, sondern ein Minderkaufmann, der wie jeder Kioskbesitzer nur Ein- und Ausgabenströme verbucht, aber keine Rückstellungen bildet.“

Geht es um die Zahnmedizin, sei nicht der Generationenvertrag gefragt, sondern in der Hauptsache die Familienpolitik: „Die Risiken nehmen im Alter ja nicht zu, im Gegenteil: Alt finanziert hier Jung.“ Die Beiträge seien höher als die Leistungen, und anders als in den anderen Versorgungsbereichen brauche man keine Kapitaldeckung. Sein Plan: die strikte Ausgliederung der zahnmedizinischen Leistungen aus der GKV, gepaart mit einem Mix aus allgemeinem, relativem und maximalem Selbstbehalt. „Gebührenordnungen sind keine Preise“, betonte er in dem Zusammenhang. Wichtig sei freilich, die zahnmedizinischen Leistungen endlich anzugleichen. Beckmann hält es wie Raffelhüschen für richtig, zahnmedizinische Leistungen bis 18 Jahre als finanzierte Zuweisung und später über Versicherungen abzubilden. Parallel dazu müsse man die Gesundheitserziehung von Kindern sicherstellen, und zwar als familienpolitische Leistung. Kontra kam indes von Prof. Johann Eekhoff, Präsident des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn: Ihm geht es zu weit, Zahnbehandlungen für Kinder als Aufgabe der Familienpolitik zu definieren. Besser sei eine Versicherung, weil die Ansprüche unterschiedlich ausfielen, siehe KFO.

Auf keinen Fall dürften aber Ehepartner unentgeltlich mitversichert bleiben. Was die Öffnungsklausel betrifft, stehen laut Eekhoff diese Verträge nicht im Widerspruch zur Freiheit des Arztes und der des Patienten sofern die freie Arztwahl bestehen bleibt – gegebenenfalls mit höherer Prämie oder Eigenbeteiligung. Zur Frage, ob Gebührenordnungen als Schutz vor Dumpingpreisen dienen können, sagte Eekhoff: „Statt Mindest- oder Höchstpreisen sind eher Korridore als Preisorientierung von Vorteil.“

Dass die Politik für die Zahnärzteschaft keine Lösungen parat hat, bilanzierte Beckmann. „Als Zahnarzt muss ich mich selbst unternehmerisch gut aufstellen, meine Chancen nutzen und mir selber helfen.“ Die Öffnungsklausel führt seiner Meinung nach dazu, dass das Vertragsverhältnis für Patienten intransparent wird. „Das Vertrauensverhältnis wird empfindlich gestört, weil der Patient annimmt, dass der Therapievorschlag des Zahnarztes unter Umständen zum Vorteil von Behandler und Versicherer gereicht“, führte er aus. „Vorher war für den Patienten nachvollziehbar, dass der Zahnarzt zwar seine Interessen verfolgt, zugleich aber immer den Patienten im Blick hat, weil er ihn halten will.“

Gebührenordnungen sind Beckmann zufolge dann überflüssig, wenn der Zahnarzt umkehrt seine Vertragsfreiheit zurück erhält. Beckmann: „Wir brauchen diese Freiheit, um am Markt unsere Stärken auch platzieren zu können.“

ck

zm-Info

Freiheit, Verantwortung und Vertrauen – dass diese Größen auch eine gesellschaftliche Herausforderung darstellen, betonte der bayerische Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch, selbst Privatzahnarzt. Dr. Philippe Rusca, President-elect ERO-FDI und Delegierter der Schweizerischen Zahnärztesorganisation SSO stellte in dem Rahmen das Gesundheitssystem der Schweiz vor. ■

Schluss mit dem Gesundheits(un)wesen

Die Forderung der Teilnehmer des 33. Deutschen Privatzahnärztetags zum Thema „Private Zahnmedizin stärkt Patientenvertrauen“ am vergangenen Wochenende in München war eindeutig und einhellig: „Schluss mit dem Gesundheits(un)wesen“. Doch es blieb nicht beim Kritisieren. Es wurden auch tragfähige Lösungsansätze präsentiert.

Zu den Ursachen der Probleme im Gesundheitswesen sprach Prof. Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwirtschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg: Den demografischen Bumerang, der unvermeidlich auf uns und unsere Kinder zufliege, haben wir selbst geworfen. „Was das Kinderkriegen angeht, waren Sie ähnlich erfolgreich wie gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Sie sind das Problem Ihrer Kinder.“ Die Konsequenz: Im Jahr 2031 wird es doppelt so viele Leistungsabrufer, aber nur noch zwei Drittel der heutigen Beitragszahler geben. Damit wird nicht nur das GKV-System unbezahlbar.

Die Politiker hätten bislang keine tragfähigen Lösungen auf den Weg gebracht, sondern nur Versuche zur Kostendämpfung unternommen. Erforderlich wäre aber eine grundlegende Reform. Die Lösung zeige die Freiburger Agenda auf:

- Einführung einer sozial abgefederten Gesundheitsprämie und damit Kürzung des jetzigen Generationenvertrags. Jüngere zahlen dann im Vergleich zum Status quo weniger und Ältere mehr. „Dies ist die Logik der Kopfpauschale“, so Raffelhüschen.
- Vermeidung des Kostendrucks im stationären Bereich durch ordnungs- und wettbewerbspolitische Maßnahmen,
- Einführung eines Selbstbehalts von 800 bis 1.000 Euro als wirkungsvollsten Steuerungsmechanismus,
- Ausgliederung (Privatisierung) zahnmedizinischer Leistungen. Jeder Beitragszahler, der über 25 ist, zahle mehr ins System ein, als er an Leistungen in diesem Bereich abrufen. Hier gäbe es also einen falschen Generationenvertrag – „alt finanziert jung“.

So könne der prozentuale Anteil am Bruttoinlandsprodukt, der in das GKV-System fließt, drastisch gesenkt werden, erklärte Raffelhüschen.

Prof. Johann Eekhoff, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, referierte zu den Chancen der Privatisierung und Liberalisierung im Gesundheitswesen und zog eine ernüchternde Bilanz. Von den Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag aus 2009 sei nicht mehr viel übrig geblieben. „Die CDU/CSU/FDP-Koalition hat ihre Chance vertan.“ In dieser Legislaturperiode sei die zwingend erforderliche Gesundheitsreform nicht mehr zu erwarten.

Dr. Philippe Rusca, President-elect ERO-FDI, Delegierter der Schweizerischen Zahnärztesgesellschaft (SSO) für internationale Angelegenheiten, zeigte auf, dass das Schweizer System sich in der Zahnmedizin als tragfähig erwiesen habe und somit das Zukunftsmodell für Europa sei. In der Schweiz seien vermeidbare Erkrankungen ausgegliedert worden. Dort setze man seit Jahren erfolgreich auf Prävention. Die Steuerung über den Geldbeutel funktioniere. Karieserkrankungen seien in den vergangenen 20 Jahren um 90 Prozent zurückgegangen. Die Einführung eines solchen Systems brauche Zeit, da die heranwachsende Generation zu Prävention und Eigenverantwortung erzogen werden müsse. Er empfahl daher der BRD, die notwendigen Reformen umgehend einzuleiten und die Übernahme von Verantwortung in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen.

Wolfram-Arnim Candidus, Präsident der Bürgerinitiative Gesundheit DGVP e.V., rief zum gemeinsamen Agieren auf. Erforderlich sei ein grundlegendes Umdenken. Dazu zählten eine umfassende Gesundheitsaufklärung und die Motivation zu gesundem Lebensstil. „Effektivität beginnt im Kopf der Menschen.“ Das Schweizer Modell der Steuerung über den Geldbeutel sei der Beweis.

Candidus sprach sich auch deutlich gegen eine mögliche Öffnungsklausel bei der Novellierung der

Gebührenordnungen von Ärzten und Zahnärzten aus. Eine solche Klausel führe direkt in die Billigmedizin auf Kosten der Patienten – weniger Behandlungsqualität durch Kostendruck. „Die freie Arztwahl der Patienten und die Therapiefreiheit der Ärzte würden sukzessive dem Preisdiktat und den einseitigen Sparvorgaben der PKV zum Opfer fallen.“

In der Diskussion kritisierte Dr. Wilfried Beckmann, Präsident der Privatzahnärztlichen Vereinigung Deutschlands e.V., den Ansatz des Bundesgesundheitsministeriums zur Novellierung der Gebührenordnung. Zu einem angemessenen Ausgleich der Interessen von Patienten und Zahnärzten gehöre ein fairer Teuerungsausgleich und die aktuelle Beschreibung der Zahnmedizin im Gebührenteil. Wenn das FDP-geführte Ministerium unter dem Aspekt „mehr Wettbewerb wagen“ die Verbindlichkeit der Gebührenordnung relativieren wolle, dürfe das Vertrauen von Patient und Zahnarzt auf keinen Fall gefährdet werden.

„Schluss mit dem Gesundheits(un)wesen. Wir fordern einen radikalen Umbau unseres Gesundheitssystems.“ So brachte Beckmann in seinem Abschlussstatement die Erkenntnisse des Privatzahnärztetags auf den Punkt. Die Beiträge der diesjährigen Veranstaltungen hätten deutlich gemacht, dass es fünf vor zwölf sei und nur noch wenig Gelegenheit zum Agieren bliebe. Doch noch sei es möglich. Die vorgetragenen Lösungsansätze seien praktikabel und zukunftsfähig. Es gälte, der breiten Öffentlichkeit endlich reinen Wein einzuschenken, damit dadurch der entsprechende Druck auf die Politik aufgebaut werden könne.

Den Zahnärzten empfahl Beckmann, nicht auf bessere Rahmenbedingungen durch politische Entscheidungen zu warten, sondern unternehmerisch zu handeln. Das Kapital der Praxen sei das Vertrauen der Patienten. Dies auszubauen und unabhängig vom Gebührenrecht die Praxen fachlich und ökonomisch weiter zu entwickeln, sei der richtige Weg.

Dr. Susanne Woitzik, ZA – Zahnärztliche Abrechnungsgenossenschaft eG, neuer Kooperationspartner des PZVD, zeigte in ihrem Vortrag auf, dass Patientenvertrauen nur dann langfristig gesichert werden könne, wenn der Zahnarzt die Möglichkeit habe, seinen Patienten die erforderliche Zeit zu widmen und Zahnmedizin auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft anbieten kann. Dies mache stetige Investitionen erforderlich, die Zahnärzte nur durch eine angemessene Honorierung ihrer Tätigkeit sichern könnten.

Betriebswirtschaftliches Denken sei daher nicht nur im Interesse des Zahnarztes selbst, sondern auch im Interesse des Gesundheitssystems. Der Zahnarzt müsse seine betriebswirtschaftliche Situation und die Stellschrauben des Praxiserfolgs kennen, um wirtschaftlich zu arbeiten. Eine besondere Bedeutung käme in diesem Kontext dem Honorarmanagement zu, dessen Effizienz die Teilnehmer mithilfe einer Checkliste „Verdienen Sie, was Sie verdienen?“ testen konnten.

Dr. Susanne Woitzik/PZVD

(Artikel gekürzt)

Den vollständigen Artikel lesen Sie in der DZW 3/11 aus Seite 1.

Private Zahnmedizin stärkt Patientenvertrauen

33. Deutscher Privatzahnärztetag in München

Die Privatzahnärztliche Vereinigung Deutschlands (PZVD) ist bekannt dafür, Vorhaben der privaten Krankenversicherungswirtschaft und/oder des Bundesgesundheitsministeriums im Bereich der privatzahnärztlichen Honorierung auf Herz und Nieren zu prüfen und durch ihre Analyse die Argumentation der BZÄK zu stützen. So geschehen bei der drohenden Öffnungsklausel. Vor dem Hintergrund einer für Anfang 2011 angekündigten neuen GOZ befasste sich der 33. Deutsche Privatzahnärztetag der PZVD in München mit dem Thema „Private Zahnmedizin stärkt Patientenvertrauen“.

Das Leitthema der zweitägigen Veranstaltung war nicht willkürlich gewählt. Die PZVD fürchtet das „jähle Ende der Privatpatienten“. „Die private Krankenversicherungswirtschaft will den Vertragspatienten per Rechtsverordnung zur Norm machen“, deutete PZVD-Präsident Dr. Wilfried Beckmann die Tendenz einiger privater Versicherungen, den bisher eigenverantwortlich handelnden Privatpatienten in eine Vollkasko-Versicherung zu locken mit der Begründung, transparente Tarife mit klaren Leistungsgrenzen seien am Markt nicht zu platzieren. „Das mag schon richtig sein“,

so Beckmann, „denn wer alles zum billigen Preis verspricht, erzielt höhere Abschlussquoten als ein ehrlicher Wettbewerber, der klare Leistungsgrenzen benennt und solide kalkuliert.“ Es gäbe Tarife, die einen vermeintlichen Vollschutz für 100 Euro im Monat anböten.

GKV: Generationenvertrag kürzen

Die Referenten, mit denen die PZVD in München aufwartete, genießen Expertenstatus auf ihrem Gebiet. Der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen referierte über die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und die Konsequenzen für die privatmedizinische Versorgung. Seine Forschungsprojekte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg befassen sich mit dem demografischen Wandel und mit den Systemen der sozialen Sicherung. Mit seinem Vortrag widerlegte er das Vorurteil, Statistik sei trocken und langweilig. Raffelhüschen stellte dar, warum der Generationenvertrag ein großes Nachhaltigkeitsproblem habe und insbesondere, warum bereits heute statistisch nachweisbar sei, dass im Jahr 2031 doppelt so viele Leistungsempfänger auf nur noch zwei Drittel der heutigen Beitragszahler treffen werden.

„Die Beitragszahler in der GKV von 2031 sind heute bereits alle da. Schauen Sie Ihren Nachbarn links und rechts an, um die zukünftigen ‚Leistungsabrufer‘ kennenzulernen.“ In der Medizin stelle der älteste Alte das größte Risiko dar und zahle am wenigsten ein. In der Zahnmedizin sei das völlig anders. Zahnmedizin habe mit Altersrisiko überhaupt nichts zu tun – hier seien die acht- bis 18-Jährigen – mit einem kleinen „Hubbel“ in der Statistik bei den 50-Jährigen – die größten Leistungsabrufer. „Sie waren so gut, dass Leute im Alter überhaupt kein Risiko mehr darstellen“, adressierte er direkt an die Zahnmediziner im Saal. Deshalb habe die Zahnmedizin in der Umlagefinanzierung auch nichts zu suchen.

Professor Raffelhüschen's Antwort auf die unzureichende Kostendämpfungspolitik im Gesundheitswesen ist seine Freiburger Agenda: Ausgliederung der zahnmedizinischen Leistungen, Einführung ei-



Fotos: Würtke

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen stellte als Alternative zu einer unzureichenden Kostendämpfungspolitik im Gesundheitswesen seine Freiburger Agenda vor.

nes Selbstbehalts von 800 bis 1000 Euro für ambulante Leistungen und Medikamente, Einführung einer sozial abgedeckten Gesundheitsprämie und damit Kürzung des jetzigen Generationenvertrags. Jüngere sollten weniger, Ältere mehr zahlen. Im stationären Bereich fordert Raffelhüschen das Vermeiden von Kostendruck durch ordnungs- und wettbewerbspolitische Maßnahmen.

Schlüsselwort „Kapitaldeckung“

Kritik an der Gesundheitspolitik der Bundesregierung übte auch Prof. Dr. Johann Eekhoff, Präsident des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn. Sein Thema: Chancen der Privatisierung und Liberalisierung im Gesundheitswesen. Das von ihm vorgestellte „marktwirtschaftliche Referenzmodell der Krankenversicherung“ basiert auf risikoäquivalenten Prämien auch im Basistarif und auf Altersrückstellungen für spätere höhere Kosten. Kapitaldeckung ist für Professor Eekhoff das Schlüsselwort. Als Kernelement dient die übertragbare individuelle Altersrückstellung, die beim Versicherungswechsel einen Ausgleich zwischen den Versicherungen schafft. Er prognostizierte lediglich graduelle Veränderungen im Gesundheitswesen, die in zwei Richtungen gehen könnten: Die eine sei der Ausbau der Gesundheitspauschale, die andere eine Verschiebung in Richtung Bürgerversicherung. Erstere sei wahrscheinlich, wenn das System so bleibe. Letztere hält er für denkbar ungeeignet, wenn man alle Einkommen einbeziehen wolle.

Paradiesische Zustände in der Schweiz?

Dr. Philippe Rusca, Delegierter der Schweizerischen Zahnärztesgesellschaft (SSO) für internationale Angelegenheiten, referierte über „Freiheit und Vertrauen als Basis der Zahnarzt-Patienten-Beziehung – das Schweizer System als Zukunftsmodell für Europa?“. Er machte deutlich, dass auch in der Schweiz das liberale System immer wieder angegriffen werde. Paradiesische Zustände gibt es offensichtlich auch dort nicht – vielleicht abgesehen von der guten Mundgesundheit der Eidgenossen, die der erfolgreichen Prävention geschuldet ist. In den vergangenen 20 Jahren seien die Karieserkrankungen um 90 Prozent zurückgegangen. Zukunftsmodell Schweiz für Europa oder Deutschland? Dr. Philippe Ruscas Fazit lässt keine Fragen offen: „Staatliche Regulierung in der Zahnmedizin würde unverantwortliches Handeln unterstützen!“



Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Mitte) sprach über Freiheit, Verantwortung und Vertrauen als gesellschaftliche Herausforderung. Gruppenfoto beim Kongress mit Dr. Eckhart Heidenreich, Vorsitzender ZBV München und BLZK-Vorstandsmitglied, BLZK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz, Dr. Wilfried Beckmann, Präsident der PZVD, und BLZK-Vizepräsident Christian Berger (v.l.n.r.)

„Wir Bürger sind für uns selbst verantwortlich“

Wolfram-Arnim Candidus, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten (DGVP), prangerte in seinem Referat über die Transparenz in der Patient-Zahnarzt-Beziehung die seit 1989 herrschende Rationierung und Budgetierung im Gesundheitswesen an. „Wir Bürger sind für uns selbst verantwortlich“, sagte er. Er forderte zum gemeinsamen Handeln auf. „Wir müssen die Effektivität in den Vordergrund stellen. Prävention beginnt im Kopf des Menschen – das hat uns das Schweizer Modell deutlich gemacht.“ Für Candidus stellt die von der PKV geforderte Öffnungsklausel in der GOZ-Novellierung eine weitere Entmündigung der Versicherten und Patienten dar. Die freie Wahl des (Zahn-)Arztes sei ein Grundrecht, das nicht noch weiter unterlaufen werden dürfe.

Den Worten des DGVP-Präsidenten konnten die Teilnehmer nur zustimmen. In seinem Schlussstatement ging Dr. Wilfried Beckmann auf die bevorstehende Novellierung der Gebührenordnung ein. Er forderte eine angemessene Anpassung des Honorars und die Darstellung der State of the Art-Zahnheilkunde in der neuen Gebührenordnung.

Anita Wuttke
München

Sinfonie der Power-Runde

33. Deutscher Privatzahnärztetag in München

„Private Zahnmedizin stärkt Patientenvertrauen!“ Eine Feststellung, die die Privatzahnärztliche Vereinigung Deutschlands (PZVD) auf ihrem 33. Deutschen Privatzahnärztetag in München untermauerte.

Die PZVD hatte auch in diesem Jahr ein vielfältiges zweitägiges Programm zusammengestellt. Vorweg eine Power-Runde über die Zukunft der GKV und die Chancen einer Liberalisierung im Gesundheitswesen, als Höhepunkt die Entführung in die Welt des Orchestergrabens, der sehnsüchtige Blick über den Zaun auf die Schweizer Zahnheilkunde, das Ganze gewürzt mit Einblicken, die der bayerische Wissenschaftsminister in seine Arbeit gewährte und dem motivierenden Auftritt von einem, der weiß, was Patienten wollen. Die Teilnehmer am Privatzahnärztetag im Palais Montgelas im Bayerischen Hof kamen voll auf ihre Kosten.

■ Forderungen der PZVD

Das Leitthema war nicht willkürlich gewählt. Die PZVD fürchtet das „jähle Ende der Privatpatienten“. „Die private Krankenversicherungswirtschaft will den Vertragspatienten per Rechtsverordnung zur Norm machen“, deutete PZVD-Präsident Dr. Wilfried Beckmann (Gütersloh) die Tendenz einiger PKV-Versicherungen, den bisher eigenverantwortlich handelnden Privatpatienten in eine Vollkasko-Versicherung zu locken mit der Begründung, transparente Tarife mit klaren Leistungs-



Dr. Wolfgang Heubisch lieferte als Referent Einblicke in die Arbeit des bayerischen Wissenschaftsministers und sprach über Freiheit, Verantwortung und Vertrauen als gesellschaftliche Herausforderung. Unser Bild zeigt (von links): den ZBV-Vorsitzenden München Stadt und Land, Dr. Eckard Heidenreich, BLZK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz, Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Wilfried Beckmann und BLZK-Vizepräsident Christian Berger.

grenzen seien am Markt nicht zu platzieren. „Das mag schon richtig sein“, so Beckmann, „denn wer alles zum billigen Preis verspricht, erzielt höhere Abschlussquoten als ein ehrlicher Wettbewerber, der klare Leistungsgrenzen benennt und solide kalkuliert.“ Es gäbe Tarife, die einen vermeintlichen Vollschutz für 100 Euro im Monat anböten.

Für den PZVD-Präsidenten sind die Pro-

bleme der privaten Krankenversicherungswirtschaft im Wesentlichen hausgemacht oder durch staatliche Eingriffe begründet. Der Verband der privaten Krankenversicherung e.V. (PKV-Verband) habe sich am 9. Dezember umfassend zu seinen Zielen bei der anstehenden Novellierung der amtlichen Gebührenordnungen für Privat(zahn)medizin geäußert. Für Beckmann sind sie alarmierend. Es sei eine gegen den Privatpatienten gerichtete



Der 33. Privatzahnärztetag fand im Januar 2011 im Hotel Bayerischer Hof in München statt.



Prof. Dr. Johann Eekhoff



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen



Dr. Wilfried Beckmann

te Verbandspolitik, die fatalerweise inzwischen die positive Aufmerksamkeit der politisch Verantwortlichen erhalte. Seine Kritik an der Bundesregierung: Gesundheitspolitik und besonders liberale Gesundheitspolitik versage, wo sie instrumentenorientiert agiere. Als Instrumente bezeichnete er die von der PKV unnachgiebig geforderte Öffnungsklausel, aber auch das Versorgungsmanagement. Die Forderung der Privatzahnärztlichen Vereinigung: Ziel der Gesundheitspolitik müsse es sein, gemeinsame Werte zu beschreiben und auf diesem Boden Rahmenbedingungen zu definieren. Dabei sei das Hauptaugenmerk darauf zu richten, dass Bürger/Patienten/Versicherte die freie Wahl hinsichtlich (Zahn)Arzt, Therapieform, Versicherer, Tarif hätten.

■ Demografischer Bumerang

Seine Forschungsprojekte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg befassen sich mit dem demografischen Wandel und mit den Systemen der sozialen Sicherung: Der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen referierte über die Nachhaltigkeit der GKV und die Konsequenzen für die privatmedizinische Versorgung. Es war ein kurzweiliger Vortrag, obwohl es um ein ernstes Thema ging. Raffelhüschen stellte dar, warum der Generationenvertrag ein großes Nachhaltigkeitsproblem habe und insbesondere, warum bereits heute statistisch nachweisbar sei, dass im Jahr 2031 doppelt so viele Leistungsempfänger auf nur noch zwei Drittel der heutigen Beitragszahler treffen werden. „Die Beitragszahler in der GKV von 2031 sind heute bereits

alle da. Schauen Sie Ihren Nachbarn links und rechts an, um die zukünftigen ‚Leistungsabrufer‘ kennen zu lernen“. In der Medizin stelle der älteste Alte das größte Risiko dar und zahle am wenigsten ein. In der Zahnmedizin sei das völlig anders. Zahnmedizin habe mit Altersrisiko null zu tun – hier seien die 8- bis 18-Jährigen – mit einem kleinen „Hubbel“ in der Statistik bei den 50-Jährigen – die größten Leistungsabrufer. „Sie waren so gut, dass Leute im Alter überhaupt kein Risiko mehr darstellen“, adressierte er direkt an die Zahnmediziner im Saal. Deshalb habe die Zahnmedizin in der Umlagefinanzierung auch nichts zu suchen.

Prof. Raffelhüschens Antwort auf die unzureichende Kostendämpfungspolitik im Gesundheitswesen ist seine Freiburger Agenda. Ausgliederung der zahnmedizinischen Leistungen, Einführung eines Selbstbehalts von 800 bis 1.000 Euro für ambulante Leistungen und Medikamente, Einführung einer sozial abgedeckten Gesundheitsprämie und damit Kürzung des jetzigen Generationenvertrags. Jüngere sollten weniger, Ältere mehr zahlen. Im stationären Bereich fordert Raffelhüschen das Vermeiden von Kostendruck durch ordnungs- und wettbewerbpolitische Maßnahmen.

■ Zauberwort „Kapitaldeckung“

Kritik an der Gesundheitspolitik der Bundesregierung übte auch Prof. Dr. Johann Eekhoff, Präsident des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn. „Leider muss man sagen, die Koalition ist in sich gespalten; die Bremsler sitzen ganz hier in

der Nähe.“ Sein Thema: Chancen der Privatisierung und Liberalisierung im Gesundheitswesen. Das von ihm vorgestellte „marktwirtschaftliche Referenzmodell der Krankenversicherung“ basiert auf risikoäquivalenten Prämien auch im Basisstarif und auf Altersrückstellung für spätere höhere Kosten. Kapitaldeckung ist für Prof. Eekhoff das Schlüsselwort und als Kernelement dient die übertragbare individuelle Altersrückstellung, die beim Versicherungswechsel einen Ausgleich zwischen den Versicherungen schafft. Er prognostizierte lediglich graduelle Veränderungen im Gesundheitswesen, die in zwei Richtungen gehen könnten: die eine sei der Ausbau der Gesundheitspauschale, die andere eine Verschiebung in Richtung Bürgerversicherung. Erstere sei wahrscheinlich, wenn das System so bleibe, Letztere hält er für denkbar ungeeignet, wenn man alle Einkommen einbeziehen wolle.

■ Wahrnehmungskompetenz statt Teamfähigkeit

Was hat die Arbeit eines Orchesterdirigenten mit der des Zahnarztes in der Praxis zu tun? In einem hochinteressanten Vortrag mit sinfonischen Einspielungen erlebten die Teilnehmer, wie Christian Gansch, Dirigent und Produzent von internationalem Rang, sein Orchester lenkt, leitet und sich ziemlich oft auch zurücknehmen muss. Wahrnehmungskompetenz, nennt er das, während er die in den Unternehmen allgegenwärtige „Teamfähigkeit“ verschmäht. Gansch, der auch als Consultant tätig ist, hat Einblick in beide Welten. „Wir brauchen



Wolfram-Arnim Candidus

mehr Bewusstsein und weniger Teamfähigkeit, weniger Leitbilder und mehr Vorbilder“, so sein Credo. „Unser Gesellschaftsmodell ist die Unterschiedlichkeit, nicht die Gleichheit.“

Bayerns Staatsminister für Wissenschaft Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, gewährte am nächsten Tag Einblick in die bayerische Hochschulwelt und Einblick in die Arbeit als Wissenschaftsminister. „Freiheit, Verantwortung, Vertrauen als gesellschaftliche Herausforderung“ lautete sein Vortrag. Er sprach vom neuen Hochschulgesetz, das die Autonomie der Hochschulen stärken soll, vom willkommenen Wettbewerb der Hochschulen untereinander, aber auch von Bachelor-Studiengängen, die er sich in der Zahnmedizin nicht vorstellen könne.

■ Paradiesische Schweiz?

„Freiheit und Vertrauen als Basis der Zahnarzt-Patienten-Beziehung – das Schweizer System als Zukunftsmodell für Europa?“ Dr. Philippe Rusca, Delegierter der Schweizerischen Zahnärztesgesellschaft (SSO) für internationale Angelegenheiten, machte deutlich, dass auch in der Schweiz selbst, das eigene, liberale System immer wieder angegriffen werde. Paradiesische Zustände gibt es offensichtlich in der Schweiz nicht – vielleicht abgesehen von der guten Mundgesundheit der Schweizer, die der erfolgreichen Prävention geschuldet ist. In den vergangenen 20 Jahren sei die Karieserkrankung um 90 Prozent zurückgegangen. Rusca sprach von einem „Strukturwandel“, der sich derzeit vollziehe: die



Dr. Philippe Rusca

Patienten verlangten den 24-Stunden-Betrieb und immer mehr „Wellness“ und weniger Therapie. „Aber was wir in der Schweiz nicht im Griff haben, ist die Betreuung älterer Menschen“, gab Rusca zu. Wie liberal die Schweiz ist, zeigt sich an der Zuwanderung von ausländischen Zahnärzten. Der „SSO-Außenminister“ stellte anhand von Grafiken die Veränderung in den Jahren 2002 bis 2010 dar. Von den 5.000 Zahnärzten landesweit sei die Hälfte zugewandert. Die Zuwanderer – davon 1.350 aus Deutschland – drängten vor allem in den Großraum Zürich. Indes: Nicht alles schafften es, ein Drittel habe in dieser Zeit Konkurs anmelden müssen.

Zukunftsmodell Schweiz für Europa oder Deutschland? Dr. Philippe Ruscas Fazit lässt keine Fragen offen: „Staatliche Regulierung in der Zahnmedizin würde unverantwortliches Handeln unterstützen!“

■ Gemeinsam mit der DGVP

Wolfram-Arnim Candidus, Präsident der Bürgerinitiative Gesundheit in der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten e.V. (DGVP), nach eigener Aussage Unruhehändler im Ruhestand, prangerte in seinem Referat über die Transparenz in der Patient-Zahnarzt-Beziehung die seit 1989 herrschende Rationierung und Budgetierung im Gesundheitswesen an. „Wir Bürger sind für uns selbst verantwortlich“, sagte er. Er forderte zum gemeinsamen Handeln auf. „Wir müssen die Effektivität in den Vordergrund stellen. Prävention beginnt im Kopf des Menschen – das hat und das Schweizer Modell deutlich gemacht.“ Für Candidus stellt die von der PKV geforderte Öffnungsklausel in der GOZ-Novellierung eine weitere Entmündigung der Versicherten und Patienten dar. Die freie Wahl des (Zahn)Arztes sei ein Grundrecht, das nicht noch weiter unterlaufen werden dürfe.

Den Worten des DGVP-Präsidenten konnten die Teilnehmer nur zustimmen. Auch die PZVD hat in einem eigenen Papier die Öffnungsklausel abgelehnt. Auf die bevorstehende Novellierung der Gebührenordnung eingehend, forderte Dr. Wilfried Beckmann eine angemessene Anpassung des Honorars und die Darstellung der State of the Art-Zahnheilkunde in der neuen Gebührenordnung.

Anita Wuttke

Umfrage zur Zahnezusatzversicherung

Die ZNS-Redaktion ist momentan dabei, den Umfrage-Rücklauf auszuwerten und wird die Ergebnisse in der Ausgabe 3/2011 der ZNS veröffentlichen.

Allen, die sich beteiligt haben, danken wir herzlich für die Mitwirkung.

Christian Berger

33. Deutscher Privatzahnärztetag in München

PZVD KRITISIERT ÖFFNUNGSKLAUSEL ALS INAKZEPTABEL



Die Privatzahnärztliche Vereinigung Deutschlands hat am Wochenende 14./15. Januar Ihren 33. Deutschen Privatzahnärztetag im Hotel Bayerischer Hof in München veranstaltet.

Das Programm war nicht als spezifische Fachfortbildung ausgerichtet, sondern befasste sich wie in den vorausgegangenen Jahren in Hamburg und Wiesbaden mit gesellschaftspolitischen und standespolitischen Themen, die es erlauben, über den Tellerrand des Praxisalltags hinauszuschauen.

Hochkarätige Referenten, wie Prof. Bernd Raffelhüschen von der Finanzwirtschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, der Präsident des Instituts für Mittelstandsforschung Prof. Johann Eekhoff oder der Schweizer Dr. Philippe Rusca, Präsident Elect der ERO-FDI – sie alle teilen ohne besondere Abstimmung die Auffassung, dass unsere deutschen Gesundheitssysteme in der gegenwärtigen Verfassung nicht erhaltungsfähig sind.

Raffelhüschen machte anhand graphischer Darstellungen deutlich, dass aus der sogenannten Alterspyramide eine

Urne entstanden sei. Süffisant fügte er an, dass die aktive Schaffensgeneration „was das Kinderkriegen angeht, ähnlich erfolgreich sei wie gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.“ Diese Generation sei das Problem ihrer Kinder, die in der Konsequenz etwa ab 2030 in den Sozialsystemen doppelt so viele Leistungsempfänger ausweist, denen aber nur zwei Drittel der heutigen Beitragszahler gegenüberstehen. Mit Nachdruck betont der Wissenschaftler, dass diese Prognose unumstößlich sei und damit nicht nur das GKV-System unbezahlbar machen würde. Politiker hätten keine tragfähigen Lösungen auf den Weg gebracht, sondern sich nur auf Versuche einer Kostendämpfung fokussiert. Eine Lösung zeige die Freiburger Agenda auf, die zu einer Kürzung des jetzigen Generationenvertrages aufrufe. Sie empfiehlt die Einführung einer sozial abgedeckten Gesundheitsprämie, in der Jüngere dann im Vergleich zum gegenwärtigen Status weniger zahlen als Ältere. Ferner empfiehlt der Freiburger Wissenschaftskreis die Vermeidung des Kostendrucks im stationären Bereich mit Hilfe ordnungs- und wettbewerbspolitischer Maßnahmen. Zusätzlich wird



Bilder links (von oben):

Dr. Eckart Heidenreich, StM Dr. Wolfgang Heubisch im Gespräch mit dem PZVD-Präsidenten Dr. Wilfried Beckmann (vlnr)

Dr. Eckart Heidenreich, BLZK-Präsident Prof. Christoph Benz, StM Dr. Wolfgang Heubisch, PZVD-Präsident Dr. Wilfried Beckmann, BLZK-Vizepräsident ZA Christian Berger (vlnr)

Nachdenklich: StM Heubisch im Gespräch

Heimspiel: StM Heubisch flankiert von der BLZK-Spitze

die Einführung eines jährlichen Selbstbehalts zur Krankenversicherung von 800,- bis 1.000,- Euro als effizientester Steuerungsmechanismus vorgeschlagen. Besonders einleuchtend wurde von Prof. Raffelhüschen argumentiert und später von Dr. Philippe Rusca bestätigt, dass die Ausgliederung und somit Privatisierung zahnmedizinischer Leistungen durchaus sinnvoll wäre. Sowohl in Deutschland wie in der Schweiz wird dokumentiert, dass jeder Beitragszahler in die Versicherungssysteme ab dem 25. Lebensjahr mehr einzahlt, als er an Leistungen in diesen Systemen abrufft.

Verständlich und einleuchtend wurde dem Auditorium dargelegt, dass die weitaus höchsten Kosten im zahnärztlichen Sektor zwischen dem 10. und 20. Lebensjahr entstehen. Wenn in den letzten zwei Jahrzehnten die Karieserkrankungen in der Schweiz um 90% zurückgegangen sind, könne man von „vermeidbaren Erkrankungen“ sprechen, die zukünftig in Gesamteuropa guten Gewissens aus den Versicherungssystemen ausgegliedert werden sollten. Das sei, wie Dr. Rusca betont, gesellschaftspolitisch eine Frage der Zeit, da auch die heranwachsende Generation – wie heute die Mittvierziger – weiterhin zu Prävention und Eigenverantwortung erzogen werden müsse. Er empfahl den Verantwortlichen in der Bundesrepublik, die zwingend notwendigen Veränderungen einzuleiten und Konsequenzen aus offenliegenden Erkenntnissen zu ziehen.

Prof. Johann Eekhoff vom Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln referierte zu den Chancen der Privatisierung und Liberalisierung im Gesundheitswesen und zog anschließend eine ernüchternde Bilanz.

Von den Absichtserklärungen aus dem Koalitionsvertrag des Jahres 2009 wäre wenig übrig geblieben. Und so sei in dieser Legislaturperiode die dringend erforderliche Gesundheitsreform nicht mehr zu erwarten. Ähnliches gelte für die übr-

gen Parteien. Denn SPD/Grüne und Linke versprächen Gerechtigkeit und mehr Leistungen für Alle und würden damit rücksichtslos die nächsten Generationen belasten. „Jeder Vater, jede Mutter sagt: Tut was! Aber die Gesellschaft verschließt die Augen.“ Politik werde völlig losgelöst von den Problemen gemacht.

Dr. Wolfgang Heubisch, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, sprach als ehemaliger Privatzahnarzt vor einem sehr vertrauten Kreis und plädierte dafür, dem Einzelnen wieder mehr Verantwortung zu geben. Das Vertrauen der Bürger in ihren Staat sei nachhaltig erschüttert, aber umgekehrt auch das Vertrauen des Staates in seine Bürger. Der Staat glaube allzuviel regeln zu müssen und traue dem Bürger zu wenig zu.

Aus angeregten, offenen Diskussionen zu diesen Themenkreisen wurde der Konsens erkennbar, daß ein besserer Weg das gegenseitige Vertrauen in einen starken, aber schlanken Staat sei, mit mündigen Bürgern, die eigenverantwortlich agieren können.

Hart kritisiert wurde von Dr. Wilfried Beckmann, dem Präsidenten der PZVD, der Ansatz des Bundesgesundheitsministeriums zur Novellierung der Gebührenordnung. Zu einem angemessenen Ausgleich der Interessen von Patienten und Zahnärzten gehöre ein fairer Teuerungsausgleich und eine aktuelle Beschreibung der Zahnmedizin im Gebührenteil. Das Vertrauen von Patient und Zahnarzt dürfe auf keinen Fall gefährdet werden, weswegen die von der PKV geplante Discount-Klausel völlig inakzeptabel sei. Die PZVD fordert einen radikalen Umbau unseres Gesundheitssystems infolge der längst bekannten volkswirtschaftlichen Probleme. Es gelte endlich – so Beckmann – der breiten Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken, damit dadurch der entsprechende Druck auf die Politik aufgebaut werden könne.

Claus-Peter Abée
Vizepräsident der PZVD

ZZB REPRÄSENTIERT BAYERN MIT 5 DELEGIERTEN IN DER BUNDES-KZV

→ In der a.o. Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns wurde am 12. Januar 2011 eine Neuwahl der Delegierten zur Bundes-KZV durchgeführt.

ZZB vertritt nunmehr mit folgenden 5 von 7 Delegierten die Interessen der bayerischen Zahnärzte in der Bundes-KZV:

- Dr. Janusz Rat, ZZB
(als Vorstand geborenes Mitglied)
- Dr. Stefan Böhm, ZZB
(als Vorstand geborenes Mitglied)
- Dr. Günther Schneider, ZZB
- Dr. Axel Wiedenmann, ZZB
- Dr. Norbert Rinner, ZZB

Damit wurden die beiden Vorsitzenden der Vertreterversammlung und der Vorsitzende des VV-Ausschusses gewählt. Der FVDZ hatte die drei Vorsitzenden seines bayerischen Landesvorstands (Dr. Welsch, Dr. Kinner, Dr. Zajitschek) ins Rennen geschickt, die jedoch nicht zum Zuge kamen. Gewählt wurden stattdessen ZA Christian Berger (FVDZ) und Dr. Rüdiger Schott (FVDZ). Zum Teil erhielten die FVDZ-Kandidaten nicht einmal alle eigenen Fraktionsstimmen.

Fairerweise hatten auch die Delegierten der Mehrheitsfraktion von Zukunft Zahnärzte Bayern (ZZB) die bereits im November in der konstituierenden Vertreterversammlung durchgeführte Delegiertenwahl vorab für ungültig erklärt (einstimmig).

Damals hatte der FVDZ keine Kandidatenliste aufgestellt. Es wurden deshalb Einzelkandidaten gewählt, was aber nicht dem Verhältniswahlrecht entsprach.

Pressemeldung von
Zukunft Zahnärzte Bayern e.V. (ZZB)
vom 17.01.2011
Quelle: www.zzb-online.de
<<http://www.zzb-online.de>>